

Seit Monaten wird die deutsche und europäische Politik von der Eurokrise bestimmt. Im Fokus der Krisenberichterstattung steht vor allem die Staatsverschuldung, die vom Mainstream der Beobachter als Ursache für die derzeitige Krise identifiziert wurde. Beschränkte sich die Berichterstattung in Deutschland anfangs der Krise auf die so genannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien), rückt nun auch die Staatsverschuldung Deutschlands in ihren Blickwinkel. Aus diesem Grund soll im Folgenden das Phänomen der Staatsverschuldung ausführlich untersucht und seine Bedeutung für die derzeitige Eurokrise dargestellt werden. Von **Axel Troost**.

Das Fazit vorneweg:

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass der Nutzen und die Wirkung von Staatsverschuldung in der aktuellen Debatte häufig verkürzt und unreflektiert wiedergegeben werden. Insbesondere in Deutschland wird der Umfang der vorhandenen Staatsverschuldung und deren Bedeutung für die öffentlichen Haushalte weit überschätzt. Die Krisenstrategie „Schuldenbremse“ der Bundesregierung wird aus diesen Gründen in Deutschland zu einem nahezu gegenteiligen Effekt führen. Anstatt zusätzliche Investitionen zu begünstigen, bremst sie die langfristige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft. Im Kontext der weiter anhaltende Eurokrise wird der Anspruch von Fiskalpakt und Schuldenbremse, die Neuverschuldung und die Staatsverschuldung insgesamt zu begrenzen und zu senken, durch die sich abzeichnenden Nebenwirkungen vollständig konterkariert. Hier finden Sie die [Datei zum Beitrag \[PDF - 248.5 KB\]](#)